Stadt Bergisch Gladbach

Die Bürgermeisterin

Ausschußbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 14.07.2004	
	Schriftführer Herr Kredelbach	Telefon-Nr. 02202/142237

Niederschrift

Hauptausschuß	Sitzung am Dienstag, dem 6. Juli 2004
Sitzungsort	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)
Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	17:00 Uhr - 18:21 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Öffentlicher Teil A

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 18.05.2004 - öffentlicher Teil -260/2004
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 5. Innenstadtentwicklung Bergisch Gladbach 363/2004
- Bericht aus dem Ausländerbeirat 6.1 340/2004

6.2 Änderung der Hauptsatzung

346/2004

6.3 Änderung der Wahlordnung für die Wahl zum Ausländerbeirat der Stadt Bergisch Gladbach

347/2004

6.4 Angelegenheiten des Ausländerbeirates 341/2004

7. Anfragen der Ausschußmitglieder

В	Nichtöffentlicher	Teil
---	-------------------	-------------

- 1. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung nichtöffentlicher Teil-
- 2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 18.05.2004 nichtöffentlicher Teil 311/2004
- 3. Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 4. Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen 358/2004
- 5. Anfragen der Ausschußmitglieder

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

- 1. <u>Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit</u>
- @-> Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Hauptausschuß rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen wurde sowie beschlußfähig ist. Als für die heutige Sitzung relevante Unterlage benennt sie die Einladung vom 24.06.2004 mit den beigefügten Vorlagen.

<-(a)

- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung öffentlicher Teil -
- **@->** Die Niederschrift wird genehmigt.

<-(a)

- 3. <u>Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 18.05.2004 öffentlicher Teil -</u>
- @-> Bürgermeisterin Opladen ergänzt zu Punkt 15 (Anfragen der Ausschußmitglieder), daß inzwischen alle Anfragen beantwortet wurden.

Herr Waldschmidt nimmt Bezug auf die Berichterstattung zu Punkt 7.3 (Antrag der SPD-Fraktion vom 16.02.2004 zur Auflösung der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH) und fragt an, warum in der Angelegenheit nichts weiter geschehen sei.

Stadtbaurat Schmickler antwortet, daß in den nächsten Tagen die Einladung für die kommende Sitzung des Aufsichtsrates der Stadtverkehrsgesellschaft versandt werde. Er habe zur Problematik des Antrages der SPD-Fraktion eine Vorlage vorbereitet. Über die Beratungsergebnisse im Aufsichtsrat werde der Hauptausschuß informiert.

Herr Waldschmidt kritisiert, daß die vergangenen zwei Monate nicht genutzt wurden, um eine Kostenaufstellung zu erarbeiten und das Thema für den Aufsichtsrat vorzubereiten.

Stadtbaurat Schmickler entgegnet, daß es für lediglich einen Punkt nicht gerechtfertigt war, den Aufsichtsrat zu einer Sitzung einzuberufen. Hinzugetreten seien terminliche Schwierigkeiten einiger Aufsichtsratsmitglieder. Der kommende Sitzungstermin werde jedoch in jedem Fall zur Behandlung des SPD- Antrages genutzt.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuß den Bericht zur Kenntnis.

<-(a)

4. <u>Mitteilungen der Bürgermeisterin</u>

@-> 1. Familienbericht/Lokale Bündnisse

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß die Verwaltung beabsichtige, in den Hauptausschuß Ende des Jahres eine umfassende Vorlage zur o. g. Problematik einzubringen. Verknüpft würden in dieser die Weiterarbeit am Familienbericht und die Gestaltung eines lokalen "Bündnisses für Familie". Die zusammengefaßten Ergebnisse der Stellungnahmen der Verbände zum Familienbericht und die verwaltungsinternen Überlegungen für Indikatoren zur Messung von Familienfreundlichkeit sowie die Ergebnisse des am 01.07.2004 durchgeführten Workshops zum "Lokalen Bündnis" würden ebenfalls mit einfließen. Im Hauptausschuß solle dann die weitere Arbeit zum gesamten Themenkomplex abgestimmt werden.

2. Anbindung der Stadt Bergisch Gladbach an die A 4 über die Bahndammtrasse

Bürgermeisterin Opladen führt aus, daß die Verwaltung die Berichterstattung in der örtlichen Presse über eine Veranstaltung mit Herrn Staatssekretär Hennerkes zum Thema Bahndammtrasse verfolgt habe. Bedauerlicherweise sei niemand der Verwaltung über diese Veranstaltung im vorhinein unterrichtet worden, so daß keine Möglichkeit bestanden habe, die dort gegebenen Informationen unmittelbar zu erhalten. Dies wäre jedoch vorteilhaft gewesen, da die Presseberichterstattung geeignet sei, einen grundsätzlich falschen Eindruck über den Bearbeitungsstand der Angelegenheit innerhalb der Landesverwaltung zu vermitteln. Nach intensiven Recherchen sei festzuhalten, daß diese bislang lediglich entschieden habe, den Antrag der Stadt Bergisch Gladbach auf Aufnahme der Bahndammtrasse in die integrierte Verkehrsplanung zu prüfen. Dies erfolge in der hierfür zuständigen Abteilung des Wirtschaftsministeriums zur Zeit u. a. mittels einer Analyse von Nutzen und Kosten. Eine Entscheidung des Ministeriums, ob die Trasse in die integrierte Gesamtverkehrsplanung aufgenommen werde, konnte insofern noch nicht getroffen werden. Erst recht fehle es an der notwendigen und abschließenden Beschlußfassung des Landtages in dieser Angelegenheit.

<-@

5. <u>Innenstadtentwicklung Bergisch Gladbach</u>

@-> Stadtbaurat Schmickler erläutert die Vorlage. Er verweist zunächst auf verschiedene bereits durchgeführte bauliche Maßnahmen im Innenstadtbereich, die alle der Rahmenplanung von 1999/2000 entsprächen. Für den in Rede stehenden Bereich der unteren Hauptstraße sei der Beschluß zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 2198 – Am Driescher Kreuz – gefaßt worden, der eine weitere Entwicklung ermöglichen solle. Im übrigen gebe es hier bereits rechtskräftige Bebauungspläne, deren planungsrechtliche Festsetzungen jedoch nicht den Vorstellungen potentieller Investoren entsprächen. Mit den in der Mitteilungsvorlage unterbreiteten Vorschlägen werde keineswegs ein Kurswechsel vollzogen. Die derzeit rechtsverbindlichen Bebauungspläne

ermöglichten ohne eine Zusammenlegung der Immobilien bereits die Neuschaffung von 12.000 qm Verkaufsfläche. Somit sei der Abstand zu den jetzt ins Auge gefaßten 16.000 qm nicht allzu groß. Die weitere Entwicklung in diesem Bereich hänge davon ab, inwieweit die Gesamtinnenstadt zusätzliche Verkaufsfläche verkrafte und der Markt eine solche befürworte. An anderen Stellen der Innenstadt seien trotz bestehender Kerngebietsausweisungen Expansionsmöglichkeiten bis heute nicht genutzt worden. Hinsichtlich der an eine Neubebauung an der unteren Hauptstraße zu stellenden Bedingungen verweist er auf die Aussagen unter II. der Vorlage. Parallel zur Weiterführung des Verfahrens für die untere Hauptstraße seien entsprechend der Rahmenplanung Kerngebietsausweisungen insbesondere entlang der Straße "An der Gohrsmühle " zurückzunehmen. Er regt an, daß die Grundstückseigentümer an der unteren Hauptstraße dem Beispiel der Stadt folgen, welches diese in Bezug auf das von ihr erworbene Grundstück des alten Zollamtes vormache. Die weitere Entwicklung des Bereiches müsse in einer neu zu gründenden interfraktionellen Arbeitsgruppe detailliert diskutiert werden.

Für Herrn Ziffus haben Maßnahmen im Bereich der unteren Hauptstraße eine Priorität entsprechend der Entwicklung aller in Bergisch Gladbach befindlichen Geschäftszentren. Es sei notwendig, an der unteren Hauptstraße Spielräume für potentielle Investoren zu schaffen und die weitere Entwicklung des Bereiches nicht nur von den Interessen des Gladium- Investors abhängig zu machen. Alles weitere regele der Markt. Die Schaffung und Absicherung einer Multifunktionalität des gesamten Innenstadtbereiches gebiete die Umsetzung der im Gutachten Nix angeregten Gestaltung der öffentlichen Räume. Die qualitativ hochwertige Gestaltung des Entrees einer Citylage sei eine Visitenkarte. Eine gravierende städtebauliche Schwäche stelle die der Hauptstraße zugewandte Front der Straße "An der Gohrsmühle " dar. Hier bauliche Gestaltungsmöglichkeiten zu streichen sei städtebaulich äußerst bedenklich. Eine weitere Rolle spiele die nach wie vor geplante Aufstockung des Parkdeckes Schnabelsmühle und die zukünftige Gestaltung der Parkräume im Bereich der oberen Hauptstraße.

Herr Orth bewertet die Aussagen der Mitteilungsvorlage als eine Kehrtwende. Er weist darauf hin, daß im Rahmen der Diskussion der bislang gültigen Tragfähigkeitsanalyse die Obergrenze von 7.000 qm Geschäftsfläche für den Bereich der unteren Hauptstraße fachlich vehement diskutiert und belegt wurde. Für die nunmehr dargestellte neue Sicht der Dinge würden die Gründe nicht benannt. Die Vorlage sei der Bedeutung der Angelegenheit nicht angemessen. Zudem sei es unterlassen worden, die zuständigen Fachausschüsse über die Angelegenheit im Vorfeld angemessen zu informieren. Er möchte wissen, wie die in der Vorlage dargestellten Informationen zustande gekommen sind und auf welche Weise dem Rat und den zuständigen Fachausschüssen gezielt Informationen vorenthalten wurden. Er stellt folgende Fragen:

- 1. Wann und in welcher Form habe sich die Stadt der fachlichen Unterstützung des Büros von Professor Jansen für den Bebauungsplan Nr. 2198 Am Driescher Kreuz versichert?
- 2. Wann sei der Auftrag hierzu erteilt worden?
- 3. Er wünsche den genauen Text des Auftrages mitgeteilt zu bekommen. Des weiteren wolle er wissen, welche Ergebnisse (auch Zwischenergebnisse) im Rahmen des Auftrages bis heute und zu welchen Zeitpunkten bei der Stadt

vorgelegen haben. Interessant sei auch die Frage, welche Kosten bislang der Stadt entstanden seien bzw. noch entstehen würden. Zuletzt interessiere ihn die Rechtmäßigkeit einer Rücknahme von Baurechten, die bereits seit langem ausgewiesen seien.

Herr Buchholz möchte den Blick nach vorne richten. Für den Bereich der unteren Hauptstraße gebe es inzwischen den dritten Investor. Gemeinsames Ziel müsse eine attraktive Gestaltung sein. Die Eckdaten, die vor zwei Jahren der Analyse zugrunde gelegt wurden, hätten sich auf vagem Boden bewegt. Die derzeit in Köln-Kalk entstehenden Köln-Arkaden seien damals nur in der Planung gewesen. Da die Einzugsbereiche von Geschäftszentren sich allgemein vergrößert hätten, gebe es ähnliche Probleme wie in Bergisch Gladbach auch in Leverkusen, Köln-Porz und Gummersbach. Um die Kaufkraft in Bergisch Gladbach zu halten, sei daher ein Umdenkungsprozess notwendig. Der angeregte Arbeitskreis solle so schnell wie möglich ins Leben gerufen werden.

Für Herrn Neuheuser reicht die Schaffung nur eines Einkaufszentrums in der Stadtmitte nicht aus. Es gehe darum, vor allem die jüngeren Käufer nach Bergisch Gladbach zurückzuholen, die nahezu ausschließlich woanders einkauften. Notwendig sei die Schaffung eines hierzu geeigneten Branchenmixes. Zudem müßten außer Verkaufsflächen auch Cafés und andere Räume zum Verweilen geschaffen werden. Er geht davon aus, daß der Bauantrag des Gladium- Investors auch wegen des nun ausgeübten Drucks so schnell eingereicht wurde. Gegen den interfraktionellen Arbeitskreis habe er keine Bedenken.

Frau Ryborsch wirft Stadtbaurat Schmickler vor, seine Kompetenzen in Bezug auf eigene Vorstellungen zur künftigen Gestaltung des Innenstadtbereiches nicht hinreichend auszuüben. Trotz mehrerer Gutachten gebe es bis heute für die weitere Entwicklung der Innenstadt kein schlüssiges Gesamtkonzept.

Auch Frau Schmidt-Bolzmann sieht in den nunmehr angedachten Maßnahmen einen Kurswechsel. Ihre Fraktion sei immer für die Entwicklung zweier Einkaufszentren in der Innenstadt gewesen und habe die restliche Entwicklung dem Markt überlassen wollen. Sie merkt an, daß der Beschluß des Hauptausschusses hinsichtlich der Johann- Wilhelm- Lindlar- Straße noch keineswegs umgesetzt sei. Es gebe lediglich einen rechtsverbindlichen Bebauungsplan sowie einen erst seit kurzer Zeit eingereichten Bauantrag. Als einzige stichhaltige Begründung für die Kehrtwende sehe sie den derzeitigen äußerst desolaten Zustand der unteren Hauptstraße an. Hierüber könne niemand mehr hinweggehen.

Stadtbaurat Schmickler stellt klar, daß die Presseberichterstattung nicht auf einer Mitteilung der Verwaltung beruhe. Er habe eine städtebauliche Entwicklung im Bereich der unteren Hauptstraße stets als notwendig erachtet. Noch im Planungsausschuß am 29.01.2004 sei eine Notwendigkeit zum Handeln betont worden. Die Verwaltung unterbreite nicht den Vorschlag, 16.000 qm Verkaufsfläche zuzulassen, sondern zeige lediglich eine Möglichkeit auf, ein solches Projekt zu realisieren. In der Presse sei dies nicht korrekt dargestellt worden. Die Verwaltung habe nach der seinerzeitigen Erörterung der Gesamtsituation im Planungsausschuß die Arbeit unverzüglich aufgenommen. Hierzu seien zunächst in Zusammenarbeit mit der Statistikdienststelle die notwendigen Zahlen aktualisiert worden. Anschließend habe man sich bei Professor Jansen lediglich sachkundigen Rat geholt. Keineswegs sei ein neues

Gutachten in Auftrag gegeben worden. Erste Textfassungen der Stellungnahme des Gutachters habe es vor zwei bis drei Wochen gegeben; die inhaltlich abgestimmte Fassung liege ihm erst seit vergangenem Freitag vor. In der aktuellen Fassung entspreche der Text den Positionen der Verwaltung. Die in der Vorlage dargestellten Empfehlungen hätten sich aus den Zwischenständen der internen Diskussion und des Austauschs mit Professor Jansen ergeben.

Frau Hammelrath geht davon aus, daß mit dem Inhalt der Mitteilungsvorlage Prüfungsergebnisse bereits vorweggenommen wurden. Sie erinnert an einen Beschluß, nach welchem die Projekte Gladium und Kaskade im Planungsausschuß zeitgleich behandelt werden sollten. Auf Vorschlag von Stadtbaurat Schmickler sei das Projekt Gladium statt dessen separat beschieden worden. Die Gründe hierfür könne sie nicht nachvollziehen. Des weiteren habe Stadtbaurat Schmickler vorgeschlagen, am 08.07.2004 eine Sondersitzung des Planungsausschusses abzuhalten, um die ordentliche Sitzung dieses Gremiums am 01.07.2004 nicht unnötig zu überfrachten. Dies sei von der Verwaltung nicht weiter verfolgt worden; stattdessen werde nunmehr die Einrichtung eines interfraktionellen Arbeitskreises vorgeschlagen. Sie wäre mit einer Sondersitzung des benannten Gremiums einverstanden gewesen, um durch geeignete Beschlüsse die städtebauliche Situation im Bereich der unteren Hauptstraße so bald wie möglich zu verbessern. Sie fordert Stadtbaurat Schmickler auf, unverzüglich alle Materialien zur Verfügung zu stellen, damit die Fraktionen sich ein Bild machen könnten.

Herr Müller wirft der SPD-Fraktion ein rückwärtsgewandtes Sehen und Perspektivlosigkeit vor. Im Bereich der unteren Hauptstraße müsse städtebaulich unbedingt etwas geschehen. Bereits heute ermöglichten die bestehenden Baurechte zusammen addiert eine Errichtung von 12.000 qm zusätzlicher Verkaufsfläche. Notwendig sei in jedem Fall das Zulassen einer Verkaufsfläche in einer Größenordnung, die sich für einen Investor lohne. Er fordert die Investoren und Grundstückseigentümer des Bereiches auf, bei einer Neugestaltung kooperativ zusammen zu arbeiten.

Herr Orth stellt klar, daß seine Fraktion bereits seit einigen Jahren die untere Hauptstraße als Entwicklungsschwerpunkt der Innenstadt favorisiere. Eine Entwicklung dieses Bereiches sei jedoch von der Mehrheitsfraktion blockiert worden. Seine Fraktion sei zu einer konstruktiven Zusammenarbeit bereit.

Herr Ziffus hält eine Sondersitzung des Planungsausschusses für notwendig, weil dessen nächste ordentliche Sitzung frühestens im November d. J. stattfinden könne. Er schlägt vor, dort Professor Jansen sowie die beiden Investoren anzuhören.

Herr Dr. Kassner stellt klar, daß die CDU-Fraktion beide Investoren stets gleich behandeln wollte. Allerdings habe nur einer von beiden die notwendigen und erbetenen Unterlagen rechtzeitig geliefert. Der von Frau Hammelrath benannte Termin des 08.07.2004 für eine Sondersitzung des Planungsausschusses sei mit keiner an diesem Gremium beteiligten maßgeblichen Person abgestimmt worden. Im übrigen sei es sinnvoll, im Planungsausschuß erst dann über die Angelegenheit zu diskutieren, wenn ausreichend fundierte und aussagekräftige Unterlagen vorliegen.

Für Stadtbaurat Schmickler ist eine Sondersitzung des Planungsausschusses erst dann angezeigt, wenn die neuen Fakten ein Weiterbetreiben des Bauleitplanverfahrens zum Bebauungsplan Nr. 2198 – Am Driescher Kreuz – zulassen. Der nächste zu beschlie-

ßende Schritt sei die Bürgerbeteiligung. Die Voraussetzungen hierfür lägen jedoch noch nicht vor, weil wichtige inhaltliche Voraussetzungen für ein Weiterbetreiben des Verfahrens mit dem Investor abgeklärt werden müßten. Die Verwaltung habe die von ihr zu leistenden Aufgaben stets erfüllt. Für einen Wechsel der in dieses Verfahren involvierten Partner könne sie nichts. Eine Projektentwicklung sei stets eine zeitintensive und handwerklich komplizierte Angelegenheit.

Herr Orth hält eine Sondersitzung des Planungsausschusses schon von daher für gerechtfertigt, weil eine Rücknahme von Baurechten im Bereich An der Gohrsmühle im Raume stehe

Stadtbaurat Schmickler antwortet, daß das Baugesetzbuch zum Ausschöpfen von Baurechten eine Frist von 7 Jahren vorgebe. Werde diese überschritten, könnten sie aufgehoben oder verändert werden. Zudem bestünden die Baurechte im Bereich "An der Gohrsmühle " erheblich länger. Eine Aufhebung oder Veränderung sei dort ohne ein Auslösen von Entschädigungsansprüchen möglich. Er weist darauf hin, daß derartige Verfahren im Stadtgebiet durchaus üblich seien. Wichtig und zu beachten sei allerdings, daß für die hiervon betroffenen Flächen neue städtebauliche Ziele definiert würden.

Frau Hammelrath kritisiert, daß mögliche Änderungen für den Bereich "An der Gohrsmühle "durch die Mitteilungsvorlage für die heutige Sitzung publik würden. Daher wäre es notwendig gewesen, kurzfristig die für eine Änderung der betroffenen Bebauungspläne notwendigen Beschlüsse zu fassen. Nunmehr könne es u. U. Probleme geben.

Frau Schmidt-Bolzmann hat Verständnis für die Situation des Investors, der bislang keine neuen Pläne für eine Bebauung vorgelegt habe. Im Raume stünden derzeit lediglich 7.000 qm Verkaufsfläche. Offiziell sei der Kurswechsel erstmalig durch die Mitteilungsvorlage für diese Sitzung dargestellt worden.

Frau Ryborsch bittet darum, den Fraktionen einen Ausdruck der aktuellen Unterlagen zu übersenden. Mit einem Arbeitskreis werde ihrer Auffassung nach nur wenig erreicht. Notwendig sei eine Sondersitzung des entscheidungsbefugten Ratsgremiums.

Stadtbaurat Schmickler sichert zu, den Fraktionen kurzfristig die Stellungnahme des Gutachters zur Verfügung zu stellen. Er stellt klar, aus den Gesprächen mit Professor Jansen habe sich die Konsequenz ergeben, daß die ITG ihre derzeitigen planerischen Vorstellungen ändern und weiter entwickeln müsse. Dies sei keineswegs als Kritik am Planungsstand oder an der ITG zu werten. Es sei im Gegenteil sinnvoll gewesen, seitens der ITG zunächst die Untersuchungen bei der Stadt abzuwarten, bevor in die Details gegangen werde. Eine überarbeitete Planung sei die Voraussetzung für ein Fortführen des Bauleitplanverfahrens.

Auf Nachfrage von Herrn Ziffus stellt Bürgermeisterin Opladen klar, daß der Hauptausschuß nicht das zuständige Gremium für die Festlegung einer zusätzlichen Sitzung des Planungsausschusses sei. Sie sichert zu, den Fraktionen umgehend die Stellungnahme von Professor Jansen zuzuleiten. Sie habe diese erst gestern Morgen gelesen und heute im Verwaltungsvorstand abgestimmt.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuß die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.



6.1 Bericht aus dem Ausländerbeirat

@-> Der Hauptausschuß nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-(a)

- 6.2 Änderung der Hauptsatzung
- @-> Der Hauptausschuß unterbreitet dem Rat einstimmig folgende <u>Beschlußempfehlung:</u>

<-(a)

@-> Die II. Nachtragssatzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

<-(a)

- 6.3 Änderung der Wahlordnung für die Wahl zum Ausländerbeirat der Stadt Bergisch Gladbach
- @-> Bürgermeisterin Opladen weist darauf hin, daß § 16 der neuen Wahlordnung um folgenden Satz 2 zu ergänzen sei: "Gleichzeitig tritt die Wahlordnung vom 15.12.1994 außer Kraft."

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat einstimmig folgende **Beschlu- Bempfehlung:**

Der Änderung der Wahlordnung für die Wahl zum Ausländerbeirat (Integrationsbeirat) der Stadt Bergisch Gladbach wird in der vorgelegten Fassung unter zusätzlicher Berücksichtigung der Ergänzung in § 16 zugestimmt.

<-(a)

- 6.4 Angelegenheiten des Ausländerbeirates
- @-> Der Hauptausschuß faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

Der Veranstaltungsplanung des Ausländerbeirates für das Jahr 2004 wird zugestimmt.

Die dem Ausländerbeirat zur Erledigung seiner Aufgaben im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 4.400,00 € werden entsprechend der Veranstaltungsplanung, insbesondere für Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit im Hinblick auf die Neuwahl des Ausländerbeirates, verwandt.

Die Kosten für die geplanten Einzelmaßnahmen sind innerhalb des Gesamtansatzes des Haushaltsplanes gegenseitig deckungsfähig.

<-(a)

- 7. Anfragen der Ausschußmitglieder
- @-> 1. Anfrage zur Höhe der IT- Kosten bei der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach

Frau Ryborsch fragt an, wie hoch die IT- Kosten pro Arbeitsplatz in der Ver-

waltung sind. In ihrer Fraktion frage man sich grundsätzlich, wie die Ausrüstung und die Zukunft des IT- Bereiches der Verwaltung seien.

2. Anfrage zur Entwicklung der Schülerzahlen in Refrath

Herr Dr. Kassner merkt an, daß er in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) am 22.06.2004 eine dezidierte Anfrage zur Entwicklung der Schülerzahlen in Refrath gestellt habe. Die Beantwortung der Anfrage sei wichtig vor dem Hintergrund, daß die Stadt inzwischen das Schulgebäude in der Taubenstraße erworben habe. Aufgrund zurückgehender Schülerzahlen sei es notwendig, über den Bedarf hinausgehende Schulkapazitäten zu verhindern.

(Anmerkung der Verwaltung: Die Anfrage von Herrn Dr. Kassner hat sich mit dem Postweg des Antwortschreibens gekreuzt. Dieses datiert vom 28.06.2004 und ist der Niederschrift als Anlage beigefügt).

3. Anfrage zur Entwicklung der Geschäftszentren in Bergisch Gladbach

Herr Ziffus weist darauf hin, daß die Stadt derzeit mit der Stadtmitte, Bensberg und Refrath bereits drei Stadtgeschäftszentren besitze. In Hand werde demnächst ein viertes hinzutreten. Er fragt an, ob mit Blick auf die weitere Entwicklung, insbesondere auch in Köln, in absehbarer Zeit ein Hearing erfolge oder ob weiterhin nur auf das eventuelle Auftreten potentieller Investoren reagiert werden solle.

Stadtbaurat Schmickler geht davon aus, daß man sich dieser Frage stellen müsse.

Bürgermeisterin Opladen ergänzt, daß der jetzt zu gründende Arbeitskreis ein erster Schritt in die von Herrn Ziffus angedeutete Richtung sei. Er sei wichtig, um zunächst für die Innenstadt neu zu erörtern, was geschehen solle. Sie halte die Fragestellung für so wichtig, daß sich der neue Rat mit ihr befassen müsse.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung.

<-a